

Schweizerisches Komitee «Nein zu einer Schweiz ohne Sicherheit»

Argumentarium zur Umverteilungsinitiative (UMVI)

Entscheidender Schritt in Richtung Abschaffung einer
ernstzunehmenden Armee

Eidg. Abstimmung vom 26. November 2000

*"Halb gerüstet zu sein, ist nicht etwas billigere Sicherheit, sondern
hinausgeworfenes Geld!"*

(Georg Leber, SPD, dt. Verteidigungsminister, 1972 - 1978)

Hegibachstrasse 47
Postfach 1031
8032 Zürich
Telefon: 01-421 16 16
Fax: 01-421 16 17

Inhalt

1	Initiativtext und Hintergrund	4
1.1	Vorgeschichte	4
1.2	Der Initiativtext	4
1.3	Die Forderung der Umverteilungsinitiative auf einen Blick	5
1.4	Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative klar ab.....	5
1.5	Wer engagiert sich für die Initiative.....	5
1.6	Gewerkschaften hinter der Initiative.....	6
2	Keine Verankerung der Militärausgaben in der Verfassung	8
2.1	Willkürlich fixierter Betrag	8
2.2	Die Bedrohung hält sich nicht an die Verfassung	9
3	Friedensdividende ist erbracht	10
3.1	Die Landesverteidigung hat bereits grosse Sparopfer erbracht.....	10
3.2	Umverteilung in Sozialbereich findet laufend statt	10
3.3	VBS hat in zehn Jahren zwei volle Jahresbudgets eingespart	12
4	Armee XXI – Sicherheitspolitik XXI	13
4.1	Seriöse Sicherheitspolitik entspringt nicht pazifistischem Wunschenken	13
4.2	„Je kleiner eine Armee, desto moderner muss sie ausgerüstet sein“	14
4.3	Armee XXI bietet ein überzeugendes Modernisierungskonzept.....	15
4.4	Fragen und Antworten zur Armee XXI	16
4.5	Berufsarmee der Initianten ist keine Alternative	17
5	Armeeabschaffung in Raten	18
5.1	Konsequente Armeegegner ziehen die Fäden	18
5.2	Beunruhigende Liste der armeerfeindlichen Volksinitiativen.....	19
5.3	Bundesrat, Parlament und Volk stehen hinter der Armee.....	19
5.4	Die Schweizer Milizarmee ist ein flexibles Sicherheitsinstrument.....	20
6	Friedenspolitik wird bereits betrieben	21
6.1	Schweizer Beiträge zur Friedenspolitik	21
6.2	Ohne militärischen Schutz sind friedliche Lösungen undenkbar	21
7	Zivil- und Bevölkerungsschutz mit betroffen	23
7.1	Schutz braucht Manpower	23
7.2	Wachsende Staatsquote dank Marginalisierung der Miliz?	23

8 Der Blick über die Grenzen zeigt: Ewiger Friede ist ein Traum.	24
8.1 Eine friedliche Welt?	24
8.2 Wer weiss, welche Regierungen und Konflikte in zehn Jahren unsere Sicherheit bestimmen?.....	26
8.3 Das Ausland modernisiert die Streitkräfte und erhöht die Investitionen	27
9 Initiative vernichtet Arbeitsplätze	31
9.1 Gravierende volkswirtschaftliche Folgen	31
9.2 Hochqualifizierte Arbeitsplätze durch ungebildete Berufssöldner ersetzen?	32
9.3 Günstige Milizlösung im internationalen Vergleich (1997).....	33
9.4 Wehrtechnische Industrie verschwindet	34
10 Untaugliche Idee Konversionsfonds	35
10.1 Ordnungspolitisch fragwürdige Staatskrücken.....	35
10.2 Keine ausweisbaren Erfolge vergleichbarer Fonds	35
11 Zusammenfassung	36

1 Initiativtext und Hintergrund

1.1 Vorgeschichte

Armeefeindliche Volksinitiativen haben in der Schweiz Tradition. Ebenso ihre deutliche Verwerfung durch Volk und Stände. Nachdem 1989 das Schweizer Volk mit 64,4% die Abschaffung der Armee abgelehnt hatte, verwarfen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger 1993 mit 55,3% ein Ausbauverbot der Schweizer Waffenplätze und unterstützten mit 57,2% die Erneuerung der Flugwaffe (F/A-18).

Bereits im Herbst 1992 haben Sozialdemokraten und armeefeindliche Kreise zwei weitere Volksinitiativen eingereicht (Kriegsmaterialausfuhrverbotsinitiative und Halbierungsinitiative). Die Halbierungsinitiative hat das Parlament für ungültig erklärt, die Kriegsmaterialausfuhrverbotsinitiative hat das Volk 1997 eindrücklich mit 77.5% der Stimmen verworfen.

Die Nachfolgeinitiative der ersten Halbierungsinitiative, die 1997 eingereichte *"Umverteilungsinitiative"* (UMVI) der SPS und der Friedensbewegung heisst: Eidgenössische Volksinitiative "Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze (Umverteilungsinitiative)". Sie lautet:

1.2 Der Initiativtext

Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt ergänzt:

Art. 23 (neu)

¹*Der Bund kürzt schrittweise die Kredite für die Landesverteidigung, bis die Ausgaben für die Landesverteidigung spätestens zehn Jahre nach Annahme dieser Übergangsbestimmung auf die Hälfte der Rechnung des Jahres 1987 reduziert sind. Die Teuerung wird dabei ausgeglichen.*

²*Die Bundesversammlung legt alle vier Jahre gesetzlich fest, wie die so eingesparten Mittel zu verwenden sind.*

³*Ein Drittel der eingesparten Beträge wird dabei eingesetzt für zusätzliche internationale Friedenspolitik (Entwicklungszusammenarbeit, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, Konfliktverhütung, friedliche Streitbeilegung, Abrüstung und kollektive Sicherheit).*

⁴*Der Bund fördert die Umstrukturierung der von der Abrüstung betroffenen Betriebe und Verwaltungen auf zukunftsgerichtete zivile Güter und Dienstleistungsangebote und unterstützt vom Abrüstungsprozess betroffene Beschäftigte und Regionen. Der Bund öffnet zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen einen Konversionsfonds von 1 Milliarde Franken.*

1.3 Die Forderung der Umverteilungsinitiative auf einen Blick

Die Initiative will, kurz zusammengefasst, in der Bundesverfassung folgendes verankern:

- Die Ausgaben für die Landesverteidigung werden halbiert.
- Als Berechnungsgrundlage dient die Rechnung 1987.
- Ein Zeitraum von maximal 10 Jahren wird für das Erreichen der Halbierung festgelegt.
- Die "eingesparten" Beträge sollen zu einem Drittel (jährlich ca. 600 Mio. CHF) in die internationale Friedenspolitik fließen. Über die Verwendung der zwei anderen Drittel soll das Parlament entscheiden können.
- Die einmalige Investition von einer Milliarde Franken soll helfen, die abzuschaffenden militärabhängigen Arbeitsplätze in zivile umzuwandeln.

1.4 Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative klar ab

Die Botschaft des Bundesrates ist eindeutig. Er empfiehlt, die Umverteilungsinitiative abzulehnen, ohne dabei Konzessionen einzuräumen.

Das Parlament ist dieser Auffassung gefolgt:

- Der Nationalrat lehnt die Initiative mit 120 Nein zu 62 Ja ab (9.12.1999).
- Der Ständerat lehnt die Initiative mit 35 Nein zu 4 Ja ab (22.3.2000).

1.5 Wer engagiert sich für die Initiative

Bereits im Februar 2000 veröffentlichten die Hilfswerke Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas und Caritas eine Abstimmungsbroschüre. Sie erhoffen sich einen erklecklichen Mehrbetrag aus den Mitteln des VBS für ihre Projekte durch die Umverteilung.

In einer Medienmitteilung vom 17. Februar 2000 hat der Vorstand der entwicklungspolitischen Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas ihre Unterstützung der sozialistischen Umverteilungsinitiative, die eine Halbierung der Ausgaben für die Schweizer Sicherheit anstrebt, bekannt gegeben. Im weiteren hat Peter Niggli, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft, gegenüber der Presse bestätigt, dass sie über ein eigentliches Mandat für die Propagierung der Umverteilungsinitiative verfügen (AZ, NLZ, Neue Mittellandzeitung 15.7.00).

Nachstehende Organisationen unterstützen offen mit Propagandamaterial, mit Stellungnahmen und finanziell den Abstimmungskampf für die Umverteilungsinitiative (UMVI) der Armeegegner:

- **Basler Mission**, Missionsstrasse 21A, 4003 Basel
- **Bethlehem Mission**, 6405 Immensee
- **Brot für alle**, Postfach 5621, 3001 Bern
- **Caritas Schweiz**, Löwenstrasse 3, 6002 Luzern
- **cfđ** (Christlicher Friedensdienst), Postfach, 3001 Bern
- **Corsam**, Quellenstrasse 31, 8005 Zürich
- **Fastenopfer**, Postfach 2856, 6002 Luzern
- **HEKS** (Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz), Stampfenbachstrasse 123, 8035 Zürich
- **Helvetas**, Postfach, 8042 Zürich
- **kem** Kooperation Evangelischer Kirchen und Missionen, Postfach, 4003 Basel
- **OeME Bern** (Ref. Kirchen Bern-Jura, Fachstelle für Oekumene, Mission und Entwicklungszusammenarbeit), Speichergasse 29, 3011 Bern
- **PBI** (Peace Brigades International), Quellenstrasse 31, 8005 Zürich
- **SAH** (Schweizerisches ArbeiterInnenhilfswerk), Postfach 2228, 8031 Zürich
- **SFS** (Schweizerische Friedensstiftung), Gerechtigkeitsgasse 12, 3008 Bern
- **Swissaid**, Jubiläumstrasse 60, 3000 Bern 6
- **tdh** (terre des hommes Schweiz), Postfach, 4018 Basel

Diese Organisationen verleiteten zudem eine Amtsstelle des Bundes (EDA), nämlich die mit Steuergeldern finanzierte **Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)**, die Herausgabe der Broschüre "Projekt Frieden" mit Fr. 50'000.- zu finanzieren. Darin wird unübersehbar offen zu Gunsten einer Umverteilung von Mitteln im Sinne der Umverteilungsinitiative argumentiert – kein Wunder, denn zu den Mitautoren gehören die Initianten der Umverteilungsinitiative Peter Hug und Toni Bernet von den friedenspolitischen Initiativen!

Damit steht die quasi amtliche Broschüre im Gegensatz zu der von Bundesrat und Parlament soeben beschlossenen neue Sicherheitspolitik "Sicherheit durch Kooperation" und gegen die Beschlüsse und Empfehlungen von Bundesrat und Parlament, welche die Umverteilungsinitiative klar ablehnen.

1.6 Gewerkschaften hinter der Initiative

Unterstützung erhalten die Initianten von den Gewerkschaften, die sich mit dem einmaligen Konversionsfonds von einer Milliarde zur Umwandlung der von der Initiative bedrohten Arbeitsplätze blenden lassen. Die Gewerkschaften legen damit die Zurückhaltung ab, die sie noch bei der Kriegsmaterialausfuhrverbotsinitiative angesichts des drohenden Arbeitsplatzabbaus übten.

Der SMUV liess vom Umverteilungsinitianten Peter Hug die Studie "Die wirtschaftliche Bürde der Landesverteidigung" erstellen. Gemäss dieser Studie soll die schweizerische Wehrindustrie vollständig verschwinden. Laut Hug wäre aber kein (!) Verlust von Arbeitsplätzen zu befürchten, da nach Abschaffung der Wehrpflicht im Anschluss an die Umverteilungsinitiative 15'000 Berufssoldaten rekrutiert werden müssten! Für Hug ist also ein hochqualifizierter Arbeitsplatz in der Wehrindustrie durch Rekrutierung eines simplen Berufssoldaten ersetzbar.

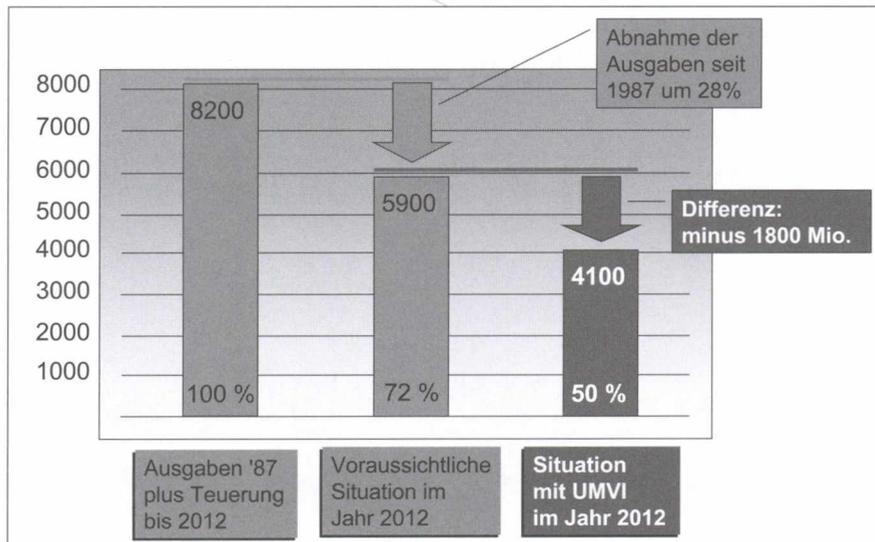
Der SMUV hat anlässlich einer Medienkonferenz im Juni 2000 und in einer Broschüre aus dem Jahr 1992 dargelegt, wie er sich die Konversion von militärabhängigen Arbeitsplätzen in zivile vorstellt. Autor: wiederum Historiker Peter Hug.

2 Keine Verankerung der Militärausgaben in der Verfassung

2.1 Willkürlich fixierter Betrag

Die Umverteilungsinitiative legt eine willkürliche nominale Beschränkung (die lediglich der Teuerung angepasst werden soll) der Ausgaben für die Landesverteidigung in der Bundesverfassung fest: Das Jahr 1987 soll als Basis für die Berechnung der halbierten Verteidigungsausgaben ab 2010 und folgende gelten.

UMVI: Landesverteidigungsausgaben im Jahr 2012 (in Mio)



Unserem Land soll damit im Sicherheitsbereich die Handlungsfreiheit genommen werden, denn eine künftige Anpassung der Sicherheitspolitik an neue oder andere Bedrohungen wird substantielle Auswirkungen auf die Bundesfinanzen haben. Eine ohne Not in der Verfassung festgeschriebene Limite der sicherheitspolitischen Anstrengungen könnte für die Schweiz verheerende Folgen nach sich ziehen.

Dass die Sicherheitspolitik sich bisher durchaus auch im mässigen Sinne der globalpolitischen Lage anzupassen verstand, zeigt die deutliche Senkung der Ausgaben für die Verteidigung in den 90er Jahren.

2.2 Die Bedrohung hält sich nicht an die Verfassung

Eine mögliche Bedrohung unserer Sicherheit wird sich aber bestimmt nicht an unsere Verfassung halten! Es wäre deshalb verantwortungslos, einen massiv reduzierten Maximalbetrag der Verteidigungsausgaben in der Verfassung festzuschreiben.

Die Schweiz muss auch in Zukunft flexibel reagieren können, wie sie das nach der sicherheitspolitischen Wende von 1989 mit einer neuen Strategie, einer kleineren Armee und einer deutlichen Senkung der Ausgaben für die Landesverteidigung demonstrierte.

Kein Aufgabenbereich des Staates in der Verfassung ist über eine fixe Ausgabengrenze limitierbar, ohne dass die nötige Flexibilität zur Erfüllung der Aufgabe verloren geht. Die Begrenzung der Verteidigungsausgaben gehört ebensowenig in die Bundesverfassung, wie eine Festschreibung der maximalen Ausgaben des Bundes beispielsweise für die AHV, die Bildung, das Gesundheitswesen oder die Landwirtschaft – die auch niemand empfiehlt.

Niemand weiss oder kann wissen, welche Mittel der Staat in drei oder vier Jahren für die Bewältigung von neuen Problemen benötigen wird. Die Landesregierung und das Parlament müssen in der Lage bleiben, auf Änderungen der sicherheitspolitischen Lage reagieren zu können, ohne vorgängig die Verfassung mittels Volksabstimmung erneut anpassen zu müssen.

3 Friedensdividende ist erbracht

3.1 Die Landesverteidigung hat bereits grosse Sparopfer erbracht

Seit gut sieben Jahren unterliegt die Schweiz durch unausgeglichene Budgets und ein grosses Bundesdefizit massivem finanzpolitischem Druck. Zum kleineren Teil sind wirtschaftliche Gründe (stagnierende Einnahmen), zum grösseren Teil ein ungebremstes Ausgabenwachstum bei der öffentlichen Hand infolge wachsender und neuer Staatsaufgaben vor allem im Sozialbereich dafür verantwortlich.

Es gibt trotz dieser unerfreulichen Entwicklung auch sachlich nicht den geringsten Grund, ausgerechnet die Militärausgaben verfassungsmässig zu beschränken. Jede verfassungsmässige Fixierung von bestimmten Ausgaben des Bundes, speziell aber der Militärausgaben, würde die Reaktionsfähigkeit des Staates in Bezug auf Veränderungen der Bedürfnisse aufheben oder lähmen.

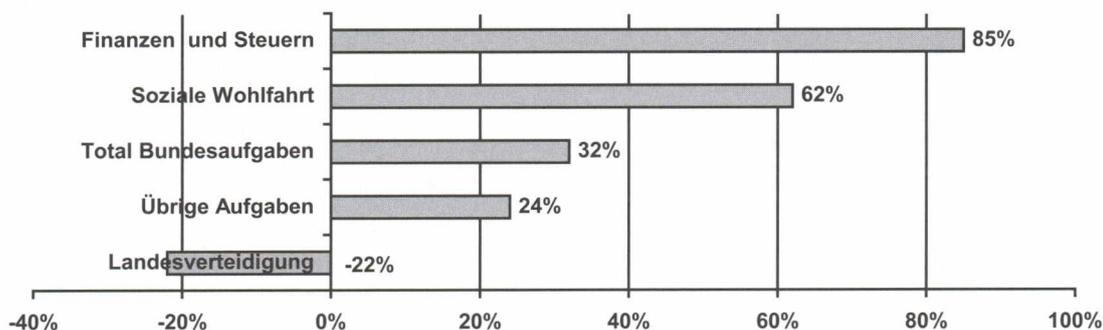
Dem Militärbudget kann weder in einer längerfristigen noch in einer kurzfristigen Betrachtung Schuld an den defizitären Zuständen im Bundeshaushalt nachgewiesen werden.

3.2 Umverteilung in Sozialbereich findet laufend statt

Der Bundeshaushalt ist vor allem dank den Sparleistungen der Landesverteidigung nicht völlig aus dem Gleichgewicht gebracht worden. Die Umverteilung der Mittel von der Landesverteidigung in den explosiv wachsenden Sozialbereich hat bereits stattgefunden.

Mit der Umverteilungsinitiative würde sodann auch gar keine Einsparung vorgenommen, im Gegenteil: Sie will die Mittel nur in andere Bereiche - solche, die den Initianten genehm sind - umleiten. Durch den Arbeitsplatzabbau von 6'000 Stellen verursacht sie sodann zusätzliche hohe soziale Kosten.

Nominale Entwicklung der Bundesausgaben 1991 bis 2002 in Prozenten



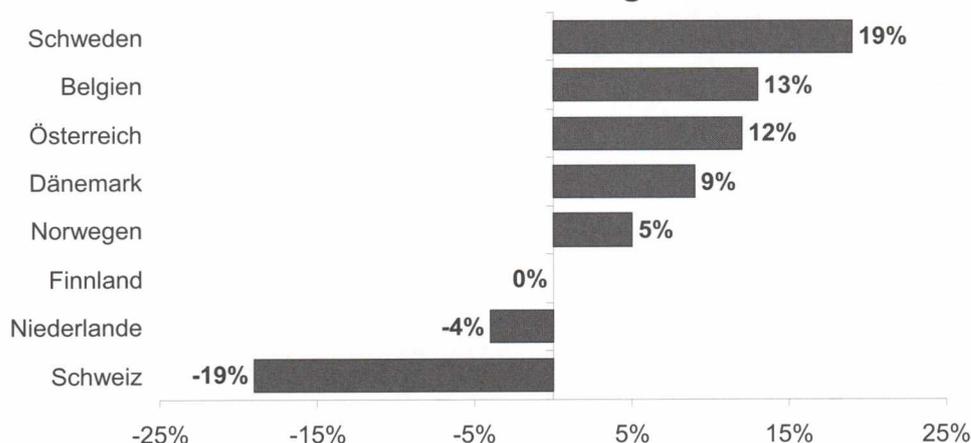
Quelle: Botschaft des Bundesrates zur Halbierungsinitiative, 1999

Die Landesverteidigung hat somit ihren Sparbeitrag (die sogenannte "Friedensdividende") geleistet. Insgesamt wurde das Budget des VBS von 1990 bis 2001 um 9 Milliarden Franken gekürzt. Der Betrag entspricht zwei ganzen Jahresbudgets!

Mit den 1998/99 beschlossenen zusätzlichen Abstrichen bei der Verteidigung - weitere 1,1 Milliarden für die Jahre 1999, 2000 und 2001 - sind die Verteidigungsausgaben real zwischen 1990 und 2001 um fast 40 Prozent, die Rüstungsausgaben sogar um 50 Prozent abgebaut worden.

Während die westlichen Staaten - kleine wie grosse, Nato-Mitglieder wie Neutrale ihre Wehretats bereits real oder tendenziell wieder erhöhen, zeigt die sicherheitspolitisch hoffnungslos überholte Umverteilungsinitiative in die falsche Richtung und will die schweizerischen Sicherheitsinvestitionen weiter reduzieren.

Wachstumsraten Verteidigungsetat 1991-2002 im internationalen Vergleich



Quelle: OSZE

3.3 VBS hat in zehn Jahren zwei volle Jahresbudgets eingespart

Die Bundesausgaben beliefen sich 1990 auf rund 32 Milliarden Franken. Bis ins Jahr 2003 rechnen wir mit Ausgaben von rund 53 Milliarden Franken. Das ist ein Wachstum von 68 Prozent. Die Landesverteidigung hat als einziger Aufgabenbereich eine rückläufige Tendenz. Unter die Ausgaben für die Landesverteidigung fallen die Ausgaben für die Armee, den Zivilschutz, die wirtschaftliche Landesversorgung und die Information in Krisenzeiten.

Der Anteil der Ausgaben für die Landesverteidigung am Bundeshaushalt schrumpft von 34,7% im Jahr 1960 auf noch 10,4% bis 2002 (Finanzplan gemäss Bundesratsbeschluss vom 28.9.98).

Mit anderen Worten: Eine beträchtliche Friedensdividende ist ausgeschüttet; weitere Kürzungen gehen zu Lasten unserer Sicherheit.

4 Armee XXI □ Sicherheitspolitik XXI

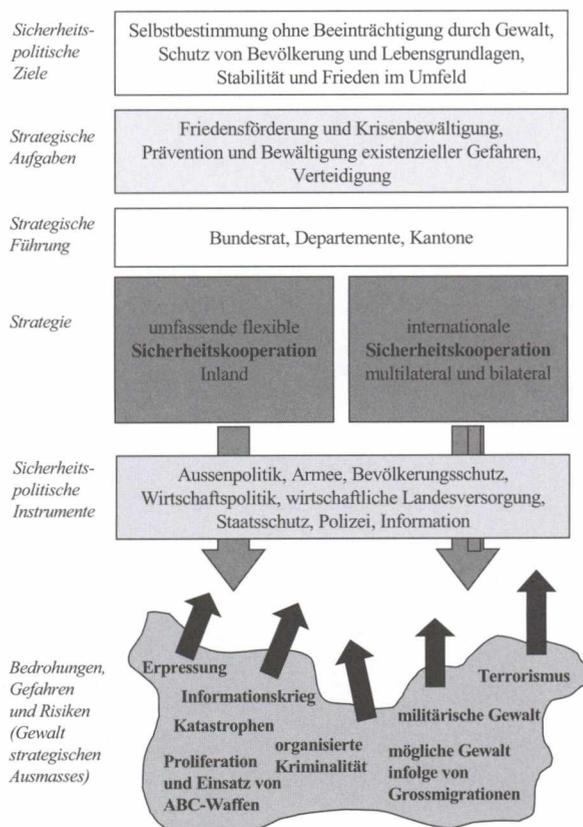
4.1 Seriöse Sicherheitspolitik entspringt nicht pazifistischem Wunschdenken

1999 erschien der neue sicherheitspolitische Bericht des Bundesrats unter dem Titel "Sicherheit durch Kooperation". Das Parlament nahm mit deutlicher Mehrheit zustimmend davon Kenntnis.

Der Bericht zieht die Konsequenzen aus den sicherheitspolitischen Veränderungen der letzten zehn Jahre und ist die Basis für die Planung der Armee XXI. Die Risiken sind heute anders gelagert - nicht verschwunden. Der Armee - die unter den Mängeln der Armee 95 stark zu leiden hat - mitten in diesem entscheidenden Anpassungsprozess die Mittel langfristig zu verwehren, würde die dringend notwendige Reform verunmöglichen.

Die neue Sicherheitspolitik auf einen Blick

Sicherheit durch Kooperation



Als Nichtmitglied der NATO muss und will die Schweiz selbst für ihre Sicherheit sorgen. Nur so kann sie, wo nötig und möglich, erfolgreich kooperieren. Im übrigen bedeutet ein nicht zur Diskussion stehender NATO-Beitritt keineswegs, dass die Armee billiger würde. Ein Blick auf die Wehretats der NATO-Mitglieder macht dies nur allzu deutlich.

Zustandegekommene Initiativen sind ein politisches Druckmittel und können den Bundesrat oder die Räte zu sachlich ungerechtfertigten Konzessionen veranlassen. Solche wären im Umfeld der jetzt an die Hand zu nehmenden Planungen für eine „Armee XXI“ unakzeptabel. Die neue Armee soll frei und lediglich auf Grund einer Beurteilung der künftigen sicherheitspolitischen Lage konzipiert werden.

Eine derart massive Reduktion der finanziellen Mittel für die Landesverteidigung müsste sich von der Aufgabenstellung der Armee her rechtfertigen lassen, bevor man sie vollstreckt. Das ist aber nicht der Fall: Es ist nun höchste Zeit, Ordnung in die Sache zu bringen, also konkrete Varianten der neu organisierten Armee vorzulegen, deren Kosten zu ermitteln und „en connaissance de cause“ zu entscheiden, wie die spätere Armee aussehen und was sie können soll.

4.2 „Je kleiner eine Armee, desto moderner muss sie ausgerüstet sein“.

Dieses Zitat stammt von US-General Jay Garner.

Das laufende Armeereformprojekt Armee XXI ist ein Verkleinerungs- und Modernisierungskonzept für unsere Armee. Die Armee XXI braucht zur Erfüllung der ihr von der Bundesverfassung und von der neuen Sicherheitspolitik zugewiesenen Aufgaben ausreichende Mittel im Rahmen der provisorischen Finanzpläne für die Jahre 2002-04.

Die Armee XXI wird insgesamt nicht billiger: Die volkswirtschaftlichen Belastungen durch Absenzen der Milizsoldaten am Arbeitsplatz dürften tendenziell abnehmen, die militärischen Betriebsausgaben hingegen infolge Umstrukturierung, Professionalisierung und Technisierung nicht sinken. Insbesondere der Investitionsbedarf in moderne Ausrüstung und Bewaffnung wird sich nicht verkleinern, im Gegenteil. Der Mittelbedarf lässt sich noch nicht genau ausweisen. Neben den erwähnten Faktoren hängt er insbesondere vom Auftrag, vom Leistungsniveau, von der Bereitschaft sowie der Durchhaltefähigkeit der neuen Armee ab.

Aus heutiger Sicht (Stand Ende Mai 2000) zeichnen sich bezüglich Finanzbedarf der Armee XXI folgende Entwicklungen ab:

- Die Betriebsausgaben (Personal- und Sachausgaben) werden unter anderem als Folge eines vermehrten Einsatzes von Berufs- und Zeitsoldaten steigen.

- Trotz des reduzierten Bestandes werden die militärischen Ausgaben als Folge des Technologiebedarfs der Armee XXI und der damit verbundenen Kosten von modernen Rüstungsgütern steigen.
- Der unumgängliche Um- bzw. Abbau von Personal in Verwaltung und in Betrieben des Bundes wird kurzfristig Restrukturierungskosten nach sich ziehen; mittelfristig dürften diese Kosten allerdings rückläufig sein.
- Die Beiträge der Volkswirtschaft dürften inskünftig abnehmen. Gründe sind die Herabsetzung der Militärdienstpflicht von 42 auf 30-32 Jahre für das Gros der Armee, die vom Kader teilweise geringere Anzahl zu leistender Dienstage und dessen Entlastung bei den vordienstlichen Vorbereitungen.

Die Armee XXI ist gemäss dem Bundesratsbeschluss vom 31. Mai 2000 mittelfristig im Rahmen des geltenden Finanzplans (siehe Kasten) zu realisieren. Ausserordentliche Beschaffungen müssten über Sonderkredite finanziert werden.

Jahr	2001	2002	2003	2004
Finanzen	4,1 Mrd. Fr.	4,2 Mrd. Fr.	4,3 Mrd. Fr.	4,4 Mrd. Fr.

4.3 Armee XXI bietet ein überzeugendes Modernisierungskonzept

Die Schweizer Armee befindet sich im Umbruch. Mit dem Reformprojekt Armee XXI passt die Schweiz nach 1995 ein weiteres Mal ihre Armee an die sicherheitspolitische Entwicklung in Europa an und zieht die Konsequenzen aus der wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung der Schweiz. Restrukturierungen und Effizienzsteigerungen erfordern aber Investitionen!

Die Bestände werden deutlich sinken. Neben der Unterstützung von zivilen Behörden im Katastrophenfall und friedensfördernden Einsätzen im Ausland bleibt aber der aufwändigste Auftrag für die Armee die Kriegsverhinderung durch Verteidigungsbereitschaft.

Eine verlängerte Grundausbildung, die Rückkehr zum Einjahresrhythmus der WK, die Einführung von Zeitsoldaten und eine verstärkte Berufskomponente werden die Einsatzbereitschaft sowie die wirtschaftliche und gesellschaftliche Akzeptanz der Milizarmee erhöhen.

Gleichzeitig erfordern die Kompensation der verkleinerten Bestände und die Adaption an die technologische Entwicklung tendenziell eher verstärkte Rüstungsanstrengungen. Im Rüstungssektor drängt sich der Vergleich mit der Medizin auf. Auch eine Vielzahl von Ärzten und Krankenschwestern vermögen die technischen und pharmazeutischen Fort-

schritte in der Medizin nicht zu ersetzen. Erstklassige Medizin erfordert modernste Geräte und fortgeschrittene Medikamente. Mit der Armee verhält es sich nicht anders.

4.4 Fragen und Antworten zur Armee XXI

- **Warum kommt die reformierte Armee XXI ungefähr gleich teuer wie die Armee 95?**

Die Kosten einer Armee hängen nicht nur von ihrer Grösse ab, sondern auch von ihrer Ausbildung und vor allem von ihrer Ausrüstung. Wir haben uns in den vergangenen zehn Jahren wegen der entspannten Lage erlaubt, nur einzelne Elemente der Armee auf modernem technischem Stand zu halten (z.B. Kampfflugzeuge F/A-18, Florko), andere aber zu vernachlässigen.

Diesen Trend dürfen wir aber nicht fortsetzen, wenn wir eine verteidigungs- und kampffähige Armee haben wollen. Es geht nicht darum, die Modernisierung so weit zu treiben wie die USA. Wir wollen aber zumindest im europäischen Mittelfeld liegen. Auch in diesem Feld fühlen wir uns der Schweizer Qualität verpflichtet: keine halben Sachen. Die Angehörigen der Armee müssen notfalls mit ihrem Leben für die Sicherheit des Landes einstehen; sie haben Anspruch auf modernstes Material. Grob gesagt geht es bei Armee XXI um weniger Quantität, aber mehr Qualität.

- **Weshalb muss die Armee XXI nach wie vor rund 200'000 Mann umfassen, wo doch die Bedrohungslage im militärischen Bereich dermassen entspannt ist?**

Die Armee XXI wird zwischen 100'000 und 120'000 Mann aktive Angehörige umfassen. Die Grösse der Reserven ist noch nicht festgelegt, sie wird sich zwischen 0 und 80'000 bewegen. Eine Armee kann nicht jedes Jahr nach der politischen Wetterlage vergrössert oder verkleinert werden. Bei der Planung der Armee XXI müssen wir nicht nur die gegenwärtige entspannte Lage berücksichtigen, sondern auch dafür sorgen, dass wir auf 15-20 Jahre hinaus gerüstet sind. Auf so lange Zeit hinaus kann aber niemand garantieren, dass die entspannte Lage anhält, so sehr wir dies auch hoffen. Die Armee XXI muss darum, auch in bezug auf ihre Grösse, den längerfristigen Unsicherheiten Rechnung tragen.

- **Welche Verteidigungs-/Sicherungsaufgaben liessen sich mit der Armee im Vergleich zur geplanten Armee XXI nach Annahme der Umverteilungsinitiative nicht mehr lösen?**

Die Armee XXI in der heute geplanten Form wäre nicht realisierbar - ebenso der Fortbestand der heutigen Armee 95. Primär würde die Armee in ihrer Fähigkeit geschwächt, die Schweiz notfalls militärisch zu verteidigen, weil der Stand der Ausbildung, der Ausrüstung und damit auch der Kampfkraft sinken würde. Es ist aber nicht möglich, exakt anzugeben, wo und wie grosse Lücken entstehen würden.

Es ist wie bei einer zu kleinen Decke: Man kann sie auf die eine oder andere Seite ziehen, aber sie genügt nicht, um alles abzudecken. Wenn wir in unserer Verteidigungsfähigkeit massive Lücken hätten und eine militärische Bedrohung wieder akuter würde, müssten wir uns bald einmal überlegen, die Neutralität aufzugeben und der NATO beizutreten. Eigenständigkeit hat ihren Preis.

Zugegeben: auch mit einem normalen (nicht halbierten) Budget müssen wir Lücken in Kauf nehmen. Diese sind aber verkraftbar und stellen ein akzeptables Risiko dar, im Gegensatz zu den Folgen einer Annahme der Umverteilungsinitiative.

4.5 Berufsarmee der Initianten ist keine Alternative

Eine drastische Kürzung der Mittel für die Landesverteidigung im Sinne der Umverteilungsinitiative lässt die Reform Armee XXI scheitern. Für einmal ehrlich fordern die Initianten denn auch die Abschaffung der Wehrpflicht und eine kleine Berufsarmee von 15'000 jugendlichen Freiwilligen.

Abgesehen davon, dass die Rekrutierung von 15'000 Berufssoldaten – um wen sollte es sich denn dabei handeln, wenn ein hohes Anforderungsprofil gestellt würde? - in der Schweiz auf grösste Schwierigkeiten stossen würde, könnte diese Miniarmee den verfassungsmässigen Auftrag nicht mehr erfüllen. Eine Berufsarmee würde nur unter dem Dach einer NATO-Mitgliedschaft Sinn machen – eine Lösung, die im Volk nicht den geringsten Rückhalt hat. Die vollständige Abschaffung der schweizerischen Landesverteidigung wäre wohl der nächste logische Schritt, den nicht wenige der hinter der Umverteilungsinitiative stehenden Initianten denn auch eigentlich anstreben.

5 Armeeabschaffung in Raten

Mit der Umverteilungsinitiative und den weiteren geplanten Schritten zur Schwächung oder Abschaffung der bewaffneten Landesverteidigung unterliegen die Initianten der alten pazifistischen Illusion.

Wehrlosigkeit bedeutet nicht mehr Sicherheit!

Im Gegenteil, die Geschichte beweist, dass ideell und materiell ungenügende Wehrbereitschaft von einzelnen Regionen und Staaten die sicherheitspolitische Instabilität fördert. Die von den Initianten angestrebte Verstärkung der internationalen Stabilität würde leiden, nicht gefördert.

"Bedingungsloser Verzicht auf Gewalt hätte nur Folgen für den Verzichtenden, nicht aber für den Gesamtzustand der Menschheit." (Karl Jaspers, deutscher Philosoph 1883 – 1969).

5.1 Konsequente Armeegegner ziehen die Fäden

Seit den achtziger Jahren werden in regelmässigen Abständen Volksinitiativen lanciert, die unter verschiedenen Titeln auf eine Schwächung der Selbstverteidigungsfähigkeit unseres Landes hinauslaufen. Damit wird permanent die Glaubwürdigkeit des schweizerischen Staates, zu der man gerade unter den heutigen Umständen Sorge tragen sollte, in Frage gestellt. Kein Wunder, dass gewisse ausländische Verhandlungspartner mit der Schweiz inzwischen umspringen wie mit einem Staat, vor dem man keinen besonderen Respekt zu haben braucht.

Die Urheber der Umverteilungsinitiative, die SPS (Unter den Erstunterzeichnern der Initiative finden sich NR Werner Carobbio, aNR Angeline Fankhauser, NR Barbara Haering Binder, NR Pia Hollenstein, aNR Helmut Hubacher, NR Susanne Leutenegger Oberholzer, NR Françoise Pitteloud, SR Gian-Reto Plattner und der SP-Sicherheitsexperte Peter Hug, der auch das Sekretariat führt) mitsamt ARW und GSoA, sind dieselben armeefeindlichen Kräfte, die schon mehrmals (Armeeabschaffung, F/A-18, Waffenplätze, Kriegsmaterialausfuhrverbot) vom Volk unmissverständlich desavouiert wurden. Auch ihre Hilfstruppen sind dieselben geblieben, Exponenten von Hilfswerken und kirchlichen Kreisen: Sie haben ihre Unterstützung für die Halbierung und die „Umverteilung“ der Militärausgaben wiederholt artikuliert.

Die klaren Volksentscheide der letzten Jahre zeugen von der Seriosität des Schweizervolkes. Nach der vernichtenden Niederlage, welche die Linke und insbesondere der pazifistische Flügel am 8. Juni 1997 (massive Verwerfung der Kriegsmaterialausfuhrverbots-Initiative) einmal mehr erlitten haben, wird auch dieser Sabotageversuch gegen eine

funktionierende und glaubwürdige Sicherheitspolitik trotz schönen Parolen wie „Sparen“, „Frieden“ und „Arbeitsplätze“ erneut misslingen müssen.

5.2 Beunruhigende Liste der armeefeindlichen Volksinitiativen

1989 sind die realitätsfernen Armeegegner mit der direkten Abschaffung der Armee an der Urne gescheitert. Seither versuchen sie – unterschiedlich intensiv von SP, Gewerkschaften und Hilfswerken unterstützt – der Armee in Raten Mittel und Möglichkeiten zu entziehen, bis der verfassungsmässige Auftrag nicht mehr erfüllbar ist:

- 1992: Erste Halbierungsinitiative (1995 vom Parlament für ungültig erklärt)
- 1993: Flugwaffen-Abschaffungs-Initiative (F/A-18 – verworfen)
- 1993: Anti-Waffenplatz-Initiative (Neuchlen-Anschwilen – verworfen)
- Initiative „Eine Schweiz ohne Militärflichtersatz“ (1994 im Unterschriftenstadium gescheitert)
- 1997: Exportverhinderungs-Initiative (Kriegsmaterialausfuhrverbot)
- 2000: Zweite Halbierungsinitiative (Umverteilung)
- Zweite Armee-Abschaffungs-Initiative (eingereicht 1999)

"Von einer schweizerischen Abrüstung wird die übrige Welt in dem Sinne Notiz nehmen, dass man sich darüber wundert und sagen wird, man hätte geglaubt, die Schweizer wären gescheitere Leute." (Rudolf Minger, Bundesrat 1929 – 1940)

5.3 Bundesrat, Parlament und Volk stehen hinter der Armee

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates teilt die Meinung des Bundesrates: Sie hat am 17. August 1999 in Interlaken bei einer Enthaltung mit 16 zu 6 Stimmen die Initiative abgelehnt. Und am 9. Dezember 1999 beschloss der Nationalrat mit 120 zu 62 Stimmen, Volk und Ständen die Umverteilungsinitiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Mit 8 zu 1 Stimmen lehnte die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates am 17. Februar 2000 die Umverteilungsinitiative ebenfalls ab. Am 22. März 2000 folgte der Ständerat seiner SiK und hat die Umverteilungsinitiative deutlich mit 35 zu 4 Stimmen verworfen.

Auch das Volk steht zur Armee, nicht nur an der Urne, sondern auch gemäss Meinungsumfragen:

Ergebnisse aus der Langzeitstudie der ETH "Sicherheit 99"

- 80 Prozent: Zustimmung zur Neutralität;
- 73 Prozent: Zustimmung zur Armee;
- 66 Prozent: pro UNO-Beitritt;
- 64 Prozent: unsere Sicherheit hängt zunehmend von den Bemühungen anderer ab;

Wenn heute 50 Prozent der Meinung sind, es würden tendenziell zu hohe Ausgaben für die militärische Landesverteidigung getätigt, so vor allem deshalb, weil die meisten die Höhe der Landesverteidigungsausgaben weit überschätzen, gar nicht kennen oder über die Sparleistungen in diesem Bereich nicht im Bilde sind.

5.4 Die Schweizer Milizarmee ist ein flexibles Sicherheitsinstrument

Die Propaganda des Gegners beschwört immer wieder das Schauerbild, wonach die Schweiz über eine der grössten Armeen Europas verfüge. Das ist natürlich grober Unfug. Die Armee XXI geht von einer Mobilisationsstärke zwischen 120'000 und 200'000 Mann aus und liegt damit im Bereich vergleichbarer Länder: Norwegen 234'000 Mann, Niederlande 113'000 Mann, Schweden 500'000 Mann, Ungarn 180'000 Mann, Dänemark 150'000 Mann bspw. (Quelle: Global Exchange of Military Information).

Der Vorteil der Milizarmee, die nur bei einer ernststen Bedrohung bis zum Erreichen der benötigten Stärke mobilisiert wird, verdeutlicht sich bei einem Vergleich der stehenden Truppen. Gemäss "Global Exchange of Military Information" stehen in der Schweiz 11'400 Mann ständig unter Waffen. Gemäss Medienmitteilung des VBS vom 1. Mai 2000 haben 1999 rund 224'579 Armeeangehörige 6.5 Mio Dienstage geleistet, also im Schnitt knapp 29 Tage. Das heisst, 1999 betrug die **durchschnittliche stehende Grösse der Schweizer Armee** also ganze **7'760 Mann**. Demgegenüber stehen in Österreich 45'000 Mann, in Belgien 43'000 Mann, in Norwegen 33'000 Mann, in Schweden 50'000 Mann, in Ungarn 52'000 Mann, in Griechenland 168'000 Mann ständig unter Waffen.

7'800

6 Friedenspolitik wird bereits betrieben

6.1 Schweizer Beiträge zur Friedenspolitik

Die Umverteilungsinitiative spricht von Friedenspolitik. Die Schweiz betreibt bereits seit langem praktische Friedenspolitik. Jetzt und heute:

- Mit der Operation SWISSCOY (Einsatz einer unbewaffneten Kompanie im Rahmen der KFOR)- nehmen wir auf glaubwürdige Art - und unter UNO-Mandat - am Friedensprozess im Kosovo teil. Eine reale Friedensförderung, die bis Ende 2000 rund 55 Millionen Franken kosten wird.
- Unser Einsatz im Kosovo ist zwar das bekannteste, nicht aber das einzige Engagement auf internationaler Ebene für Friedenspolitik: Noch bis Ende 2000 stehen rund 50 Armeeangehörige als sogenannte Gelbmützen für die OSZE in Bosnien-Herzegowina im Einsatz.
- 16 Schweizer Militärbeobachter sind für die UNO im Mittleren Osten, in Georgien und in Ex-Jugoslawien im Einsatz, und 5 weitere Schweizer Offiziere helfen mit, den Waffenstillstand zwischen Nord- und Südkorea zu überwachen. Unabhängig davon, ob wir Mitglied der UNO sind oder nicht, werden die eingesetzten Militärpersonen von der Organisation der Vereinten Nationen sehr geschätzt.

Der ehemalige UNO-Generalsekretär Dag Hammarskjöld hielt fest: *„Peace keeping is not a job for soldiers. But only soldiers can do it“*. Eine Tatsache, die sich bis heute bewahrt hat, auch wenn das viele nicht zur Kenntnis nehmen wollen.

Freiwillig leisten schon heute Schweizerinnen und Schweizer einen hochwillkommenen und geschätzten Beitrag auf den internationalen "Baustellen des Friedens". Auf diesen Baustellen des Friedens zeigen unsere Armeeangehörigen, dass die Zusammenarbeit mit zivilen Friedensorganisationen sehr gut funktioniert. Es zeigt sich aber auch, dass in Krisen- und Kriegsgebieten die zivilen Organisationen auf militärische Unterstützung angewiesen sind.

6.2 Ohne militärischen Schutz sind friedliche Lösungen undenkbar

Botschafter Walter Fust, Chef der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit im EDA zur Situation im Kosovo im DEZA-Newsletter 2/2000: *„...Die Schweiz koordiniert den Einsatz ihrer Akteure des zivilen und militärischen Bereichs. Nur mit ausreichender Sicherheit ist dieser Einsatz zu gewährleisten. Dafür danken wir allen Militärs. Ohne ihren Schutz ist ein Wiederaufbau und eine längerfristige, friedliche Lösung undenkbar“*.

Auch nichtmilitärisch engagieren wir uns im Bereich der Friedenssicherung und Friedensförderung bereits heute: Mit dem **Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik** und dem **Internationalen Zentrum für humanitäre Minenräumung** leisten wir schon heute einen wichtigen zivilen Beitrag zur internationalen Friedenspolitik. Ein Beitrag, der mit dem vom Bundesrat am 13. Juni 2000 beschlossenen dritten Zentrum, dem **Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte**, noch markant erhöht werden soll. Das neue Zentrum wird nach dem Vorbild der beiden bestehenden Zentren als Stiftung nach Schweizer Recht, aber mit globalem Wirkungskreis gegründet. **Die Kosten für alle drei Zentren werden vom VBS im Rahmen seines ordentlichen Budgets getragen.**

Für **Entwicklungshilfe** gab allein der Bund 1999 **1,5 Milliarden Franken** aus. **Allein 1999 stieg die öffentliche Entwicklungshilfe** des Bundes **um 164 Mio. Franken**, was **einer 6%igen Steigerung entspricht.** (Quelle DEZA)

Seit 1990 stiegen die Ausgaben des Bundes für die Beziehungen zum Ausland um rund 25 %. (Quelle Eidgenössische Finanzverwaltung). Dazu kommen die Beiträge von Kantonen, Gemeinden und Privaten. Von mangelndem Engagement der Schweiz für das Ausland kann also keine Rede sein.

Somit ist klar erkennbar: Was die Umverteilungsinitianten im Jahr 1995 bei der Lancierung ihrer Initiative im Auge hatten, wird heute (und zwar ohne Schädigung der eigenen Verteidigungsfähigkeit!!) schon weitgehend geleistet. **Die Umverteilungsinitiative ist deshalb auch friedenspolitisch längst überholt!**

7 Zivil- und Bevölkerungsschutz mit betroffen

7.1 Schutz braucht Manpower

Dass der Zivilschutz (neu Bevölkerungsschutz) als Antwort auf das naturbedingte Gefahrenpotential unabdingbar ist, braucht man nach dem Lawinenwinter und den Überschwemmungen im Mai des vergangenen Jahres nicht näher zu erläutern. Während Wochen standen zusammen mit den Soldaten auch Zivilschützer im Lawinen- und Hochwasser-Einsatz. Und auch nach dem Sturm „Lothar“ wurde die Armee wieder zu Hilfe gerufen – und sie kam. So wurden 1999: 420'000 Einsatztage für subsidiäre Einsätze geleistet!

	Armee	Zivilschutz	Festungswachkorps
Lawinen:	26'890	81'000	
Hochwasser:	6'270	24'000	
Flüchtlinge:	26'500	30'000	
Schutz:	164'650		69'320
Total			ca. 420'000

(Quelle: VBS)

7.2 Wachsende Staatsquote dank Marginalisierung der Miliz?

Die Frage der inneren Sicherheit hat sich im vergangenen Jahr akzentuiert. Die Sicherheitsleistungen der Armee wurden in einem fast historischen Ausmass verlangt. Die Armee hat die Sicherungseinsätze (Botschaftsbewachungen in Bern und Genf, Grenzsicherungseinsätze im Tessin durch das FWK) im Jahr 1999 nicht gesucht, auch diejenigen nicht im Januar dieses Jahres in Davos. Die Kantone haben die Armee zur Unterstützung angefordert. Man hat die Armee gerufen. Und sie war da.

Das Jahr 1999 zeigt: Wir brauchen den ganzen Zivilschutz und die ganze Armee. Wer die Armee auf 15'000 Berufsleute reduzieren und dem Zivilschutz ebenfalls die Mittel entziehen will, der hat auch darzulegen, wie er sich die Bewältigung solcher Aufgaben in Zukunft vorstellt. Insbesondere schuldet er der Öffentlichkeit die Antwort darauf, was diese Aufgabenerfüllung den Staat kosten wird, wenn die Miliz in Armee und Zivilschutz sie nicht mehr leisten. Heerscharen von Staatsangestellten mit entsprechender Erhöhung der Budgets und damit der Steuern wären wohl die Folge einer Marginalisierung der Miliz, wie sie die Umverteilungsinitiative zwangsläufig anstrebt. Was solche Organisationen von Berufsleuten sinnvollerweise unternehmen, wenn gerade kein Katastrophenzustand herrscht (glücklicherweise ist das die Regel), wäre ebenfalls aufzuzeigen.

8 Der Blick über die Grenzen zeigt: Ewiger Friede ist ein Traum.

8.1 Eine friedliche Welt?

Die Euphorie nach dem Fall der Berliner Mauer ist verfliegen. Jugoslawien ist, wenige 100 km von der Schweiz entfernt, seit Jahren durch furchtbare Bürgerkriege zerrissen. Im Frühjahr 1999 erfolgte der erste Ernsteinsatz der NATO seit ihrer Gründung in Kosovo. Die USA und europäische Armeen kämpften 1990/91 gemeinsam im Golfkrieg. Sie bereiten sich mit dem Ausbau von Krisenreaktionsstreitkräften darauf vor, Krisen und Konflikten vorzubeugen oder gegebenenfalls in diese einzugreifen.

Die Umverteilungsinitiative lässt unsere Landesverteidigung in unverantwortbarem Mass verkümmern und degradiert die Schweiz zum sicherheitspolitischen Trittbrettfahrer in Europa. Sie untergräbt unsere Glaubwürdigkeit weit über den sicherheitspolitischen Bereich hinaus.

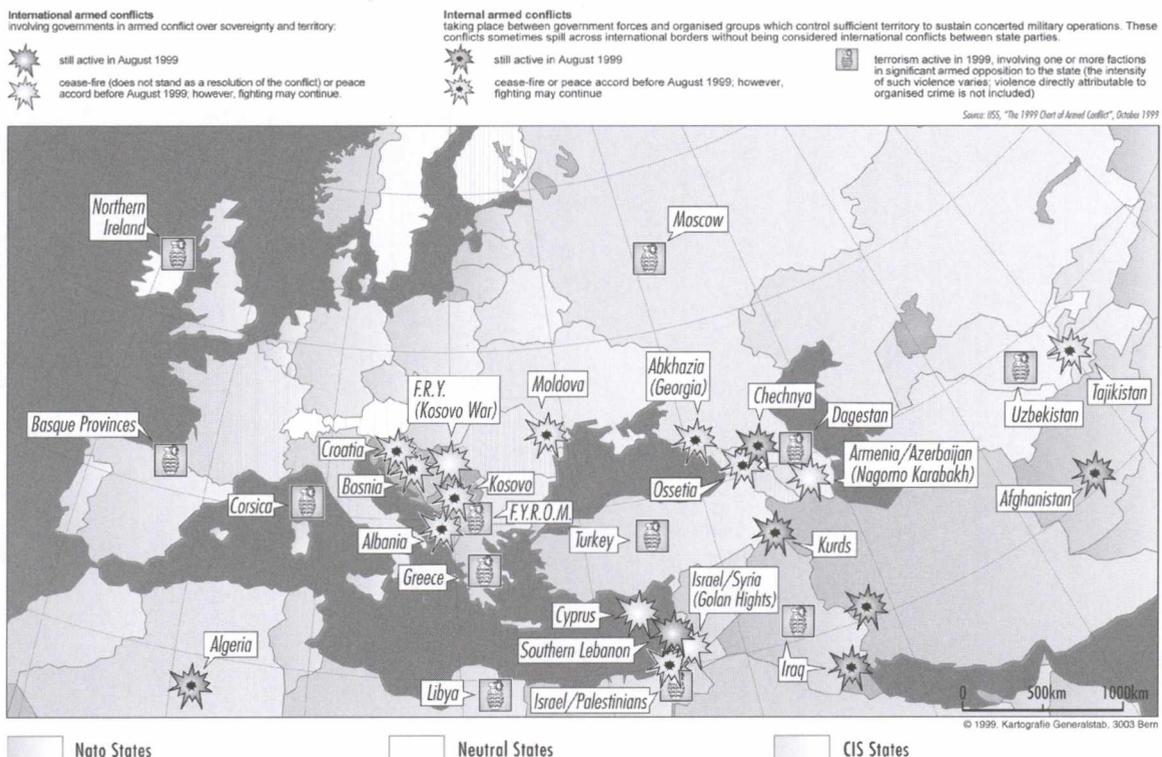
Als Nichtmitglied der NATO muss und will die Schweiz so weit wie möglich selbst für ihre Sicherheit sorgen. Nur so kann sie, wo nötig und möglich, erfolgreich kooperieren.

Das Referenzjahr der Umverteilungsinitiative ist 1987. Das allein sagt schon etwas über diese Initiative aus. Sie ist überholt, ein Konzept von gestern, entstanden in der Zeit des Kalten Krieges. Wir leben heute in einer anderen Welt, und wir müssen die möglichen künftigen Entwicklungen im Auge behalten.

8.2 Wer weiss, welche Regierungen und Konflikte in zehn Jahren unsere Sicherheit bestimmen?

Der Auftrag unserer Armee muss aufgrund der möglichen Bedrohungen der Zukunft und nicht über starre, willkürlich festgelegte Finanzvorgaben bestimmt werden. Wie wird sich aber die Lage entwickeln? Wir wissen es nicht. Alles ist möglich. Wer hätte gedacht, dass der Krieg am Ende des letzten Jahrhunderts auf unseren Kontinent zurückgekehrt ist? Im Kosovo, im Jahr 2000, elf Jahre nach dem Fall der Mauer. Und nur eineinhalb Flugstunden von der Schweiz entfernt.

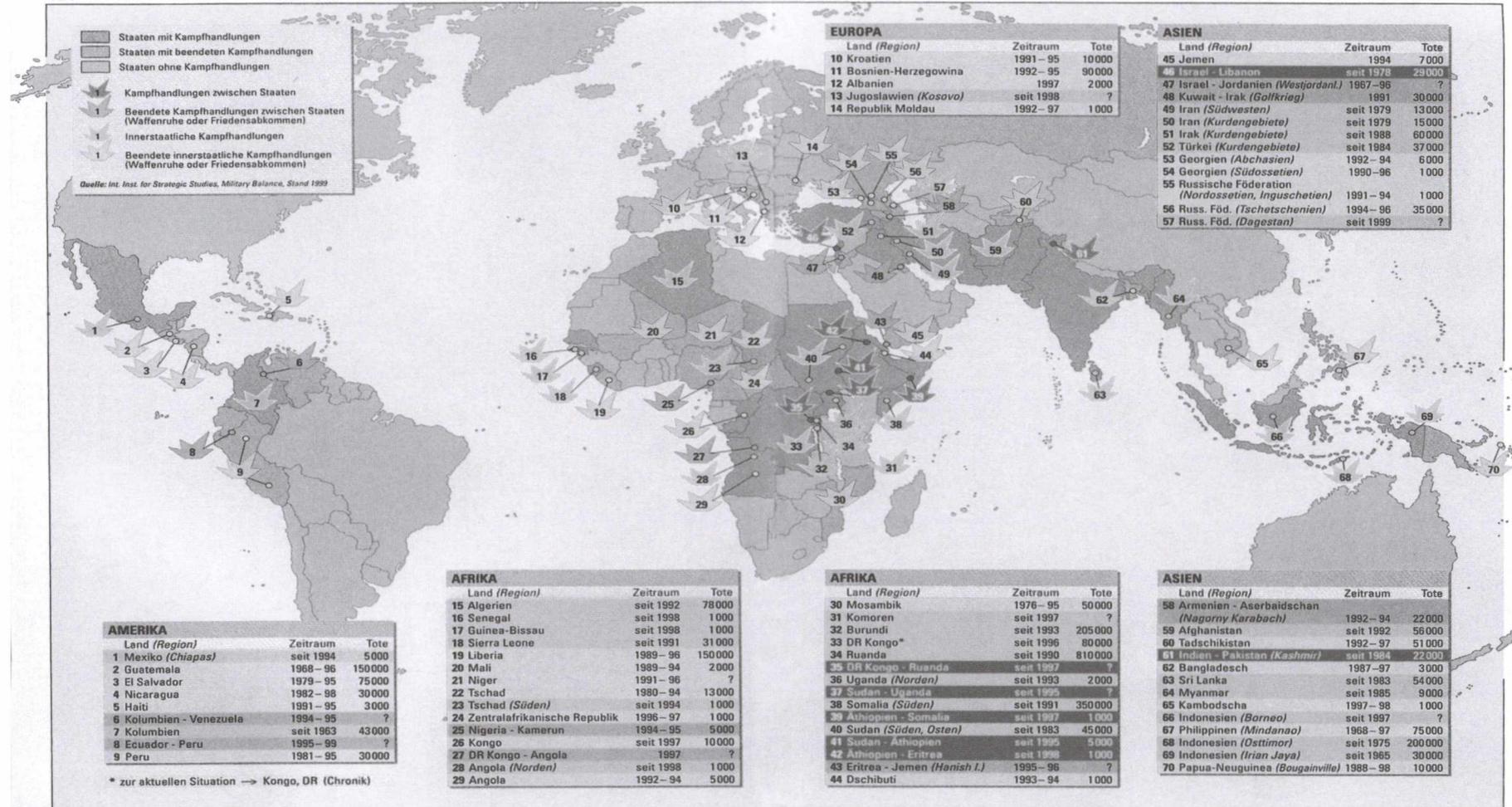
Armed Conflicts 1994-1999 (Europe)



Vom "dauerhaften" Frieden Europas sind einige Nationen und Völker nur wenige Flugstunden abseits der Schweiz noch weit entfernt.

Wer hätte gedacht, dass wir heute näher an Konfliktherden leben, als während des Kalten Krieges? Das hat uns niemand prognostiziert. Tatsache ist, dass viele Konfliktgebiete heute näher liegen, als unsere Ferienzeile. Würde die Umverteilungsinitiative angenommen, würden nicht mehr Auftrag und sicherheitspolitische Lage Grösse, Ausgestaltung und Ausrüstung unserer Armee bestimmen, sondern ein starres Finanzkorsett, das erst noch in der Verfassung festgeschrieben wäre.

Unsere sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit würde auf lange Zeit hinaus eingeschränkt. Wenn wir nicht kontinuierlich in die Landesverteidigung investieren, sind wir



Quelle: Fischer Weltatmanach 2000, Frankfurt 1999.

nicht mehr gewappnet. Weder gegen ernsthafte Szenarien und Ereignisse unterhalb der Kriegsschwelle, noch gegen einen modernen Krieg.

Die Initiative lässt ausser acht, dass eine verkleinerte moderne Armee mit Zeit- und Profisoldaten nicht billiger ist, jedenfalls nicht, wenn sie über das heute nötige Ausrüstungs- und High-Tech-Material verfügen soll.

Die vielfältigen Herausforderungen unterhalb der Kriegsschwelle könnten wir nur ungenügend meistern, und einem eben doch nie völlig auszuschliessenden modernen Krieg wären wir nicht gewachsen.

Massstab für die militärische Landesverteidigung ist die Glaubwürdigkeit in den Augen anderer Armeen. Angesichts der gegenwärtigen europäischen Sicherheitslage heisst Glaubwürdigkeit rasche Anpassungsfähigkeit an Weiterentwicklungen in Ausbildung, Einsatzbereitschaft und sicherheitspolitische Beiträge im internationalen Umfeld.

Diese Glaubwürdigkeit beruht auf zwei Pfeilern:

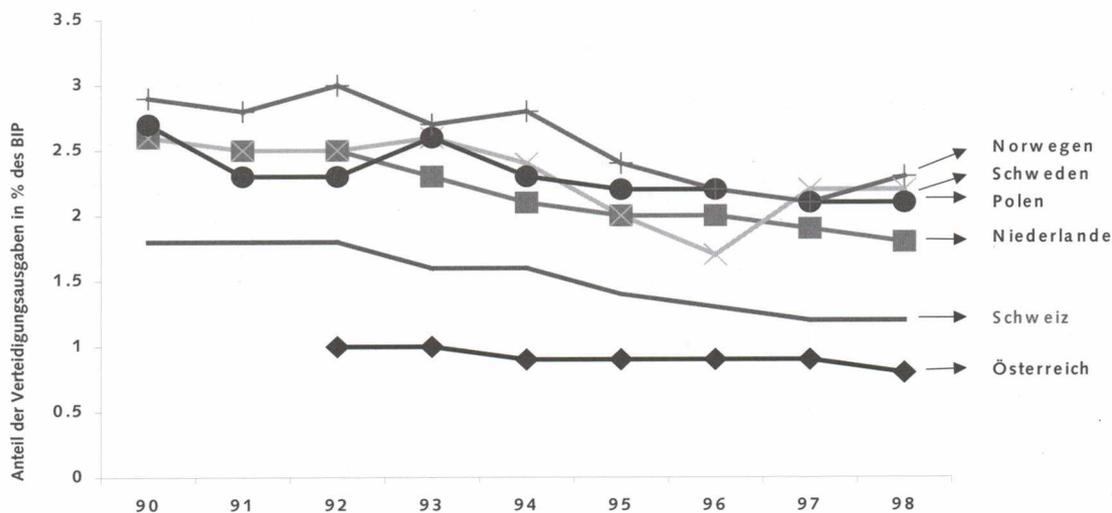
- auf der überzeugenden Bereitschaft und Fähigkeit zur Selbstbehauptung, garantiert durch eine angemessene Verteidigungskapazität;
- auf einem substanziellen Beitrag zur Krisenbewältigung und Friedenssicherung.

Darauf sind die sicherheitspolitischen Massnahmen und Instrumente auszurichten und nicht umgekehrt die Instrumente auf einen über Jahre fest fixierten, beschränkten Finanzrahmen.

8.3 Das Ausland modernisiert die Streitkräfte und erhöht die Investitionen

Im internationalen Vergleich bewegen sich die Schweizer Wehranstrengungen am untersten Rand der Skala.

Entwicklung der internationalen Ausgaben für die Landesverteidigung gemessen am Anteil des Bruttoinlandsprodukts (BIP)



Quelle: Stockholm International Peace Research Institute, 2000

Schweizer Verteidigungsausgaben: geringer als in vergleichbaren Staaten

Staat	Anteil am BIP
Österreich	0,8 %
Schweiz	1,2%
Finnland	1,5%
Belgien	1,5%
Schweden	2,2%
Dänemark	1,4%
Norwegen	2,3%

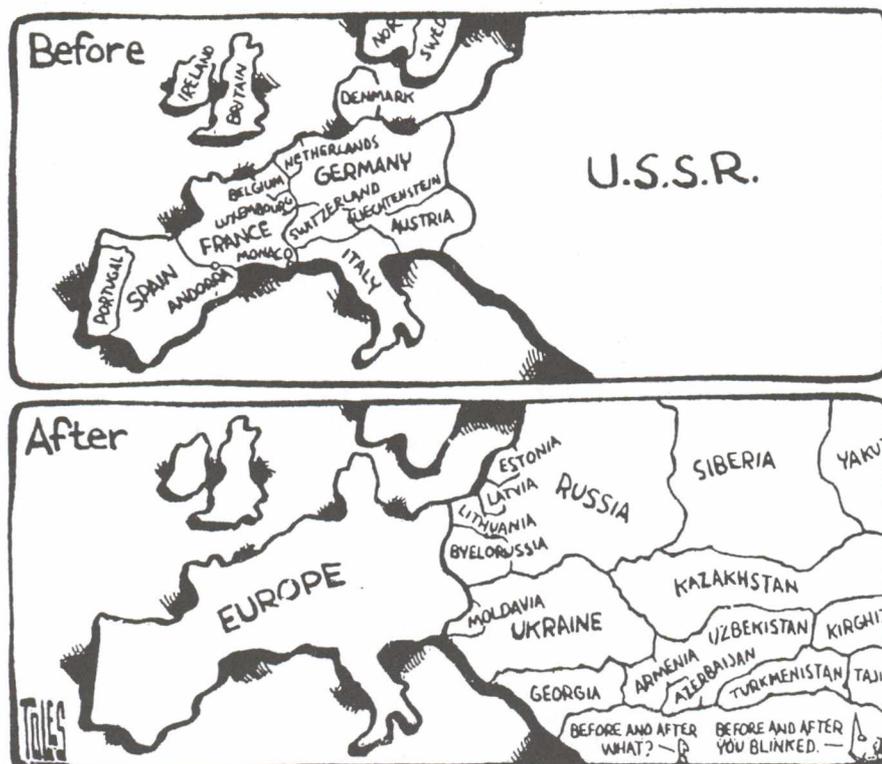
Quelle: National Accounts OECD Paris, 1998 / SIPRI, 2000

Nach dem Rückgang im Gefolge des Zusammenbruchs der Sowjetunion lässt sich Ende der 90er Jahre bei den westeuropäischen Militärbudgets bereits wieder ein reales Wachstum feststellen. Das gilt auch für kleine und neutrale, mit der Schweiz vergleichbare Staaten.

Weltweit stiegen die realen Verteidigungsausgaben 1999 um 2.1 % und entsprachen 2.6 % des weltweiten BIP.

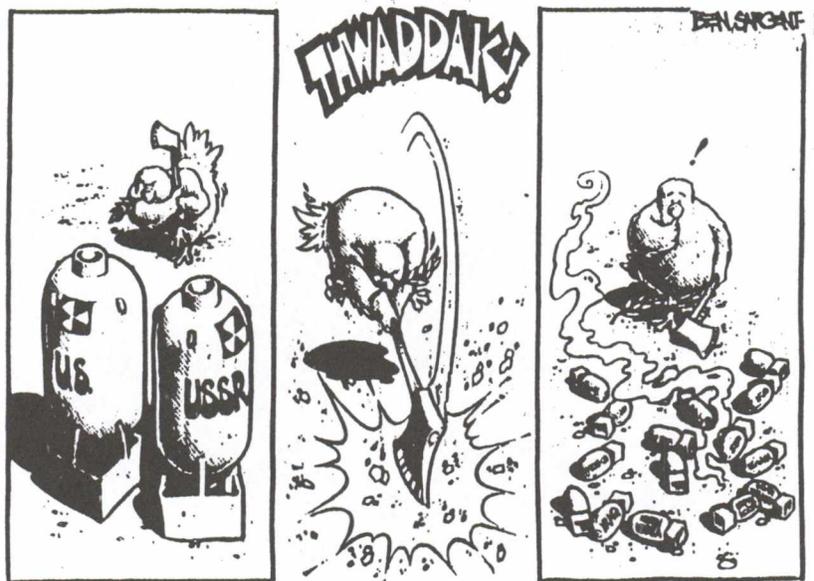
Wir dürfen uns ruhig auch mit dem Ausland vergleichen: In der EU werden viele Regierungen von Sozialdemokraten geführt, die sich auch am Kosovo-Krieg beteiligt haben und ihre Lehren daraus ziehen. Der Kosovo-Krieg dauerte 78 Tage und hat viel Geld gekostet. Nicht zuletzt aufgrund dieser Erfahrung wird kaum von Abrüstung oder Umverteilung gesprochen – im Gegenteil, es wird über die Modernisierung der Armee nachgedacht. Respektive ist die Umwandlung in kleinere, aber schlagkräftigere und mobilere Streitkräfte bereits in vollem Gange – mit erhöhtem Mitteleinsatz.

Wohl werden tendenziell alle Armeen kleiner. Aber die Ausgaben werden nirgends halbiert, auch dort nicht, wo die Armeen zum Teil stark redimensioniert werden. Die Initianten behaupten, dass die Militärausgaben weltweit um 33% zurückgegangen sind, in der Schweiz aber nur um 7 Prozent. Der weltweite Rückgang ist aber vor allem darauf zurückzuführen, dass die Militärausgaben Russlands in den neunziger Jahren um 55%, jene der USA um 4% eingebrochen sind. Vor allem die beiden Supermächte haben in der Gesamtübersicht der weltweiten Militärausgaben zu Buche geschlagen. Mit dem Ende des Wettrüstens der Supermächte ist die Welt aber nicht friedlicher geworden - im Gegenteil!



Dass im Jahr 2000 nicht mehr von einem Rückgang der Rüstungsausgaben die Rede sein kann, zeigen folgende Schlagzeilen:

- Tages-Anzeiger vom 7. März: „Chinas Armee darf dieses Jahr 13% mehr ausgeben“.
- NZZ vom 7. März: „Indien rüstet auf – der Verteidigungshaushalt in Rekordhöhe“.
- Deutsches Magazin Stern vom 2. März: „Verteidigungspolitiker der rot-grünen Berliner Regierungskoalition erwarten, dass bei der Bundeswehr in den nächsten Jahren nicht gespart werden kann“.
- NZZ vom 9. Juni 2000: „Robertson (Nato-Generalsekretär) fordert höhere Militärbudgets in den NATO-Mitgliedstaaten“
- NZZ vom 15. Juni 2000: „Rüstungsausgaben steigen weltweit langsam wieder an“.



• 1994 BEN SARGENT – AUSTIN AMERICAN STATESMAN

Angesichts der Entwicklung der Weltlage - von der Bipolarität des Kalten Krieges zur Multipolarität eigentlich eine nicht verwunderliche Entwicklung.

9 Initiative vernichtet Arbeitsplätze

9.1 Gravierende volkswirtschaftliche Folgen

Die Schweiz hat nicht eine Armee, um Arbeitsplätze zu schaffen oder zu erhalten. Die Armee ist eines der wichtigsten Instrumente der Sicherheitspolitik des Bundes.

Dagegen ist unbestritten, dass die weitere drastische Senkung der Ausgaben für die Landesverteidigung gravierende Folgen für die Beschäftigten in der wehrtechnischen Industrie, im Gewerbe und in der Verwaltung hätte.

Es geht einmal mehr um Arbeitsplätze, in den Betrieben des Bundes und in den Rüstungsbetrieben, in der zuliefernden Wirtschaft und namentlich auch im Gewerbe. Dieselben gefährdeten Arbeitsplätze haben im übrigen am 10. März 1996 den Ausschlag gegeben, dass die Zentralisierung der Beschaffung der Militärausrüstung beim Bund am Volkswillen scheiterte. Die Gewerkschaften haben auch bei der Umverteilungsinitiative erkannt, dass Tausende von weiteren Arbeitsplätzen durch die Initiative bedroht sind. Eine vom SMUV beim Initianten (!) Peter Hug in Auftrag gegebene Studie glaubt allen Ernstes, diese Arbeitsplatzverluste durch die Schaffung einer Berufsarmee mit 15'000 Berufssoldaten kompensieren zu können!

Auf Grund der Rüstungsprogramme von 1990 bis 1998 flossen der schweizerischen Wirtschaft Aufträge im Betrage von mehr als 7,9 Milliarden Franken zu. Auftragnehmer waren die nun in Aktiengesellschaften umgewandelten Bundesbetriebe sowie die Privatwirtschaft. Das entsprach im Jahr 1'100 Millionen Franken oder pro Jahr durchschnittlich 7'300 Mann/Jahre und für die gesamte Periode rund 41'000 Mann/Jahre. Dabei ist hier die Rede von meist hochwertiger industrieller und gewerblicher Arbeit.

Betrachtung der Rüstungsprogramme 1990 - 1998* bezüglich des Inlandanteils

RP-Jahr	Gesamtes RP in Mio. CHF	Inlandanteil in %	Inlandanteil in Mio. CHF
1990	1'407	92	1'295
1991	1'770	69	1'215
1993	1'947	70	1'361
1995	1'342	64	854
1996	1'594	58	926
1997**	1'535	71	1'089
1998	1'315	90	1'184
1990-1998	10'910	73	7'924
Durchschnittlich Pro Jahr	1'558	73	1'132

Quelle: Botschaften über die Beschaffung von Rüstungsmaterial (Rüstungsprogramme) des Bundesrats

* Die Beschaffung der F/A-18 im Jahre 1992, die in dieser Statistik nicht erfasst ist, löste Direktaufträge an die Schweizer Industrie von CHF 311 Mio. aus. Weiter löste die Beschaffung der F/A-18 Kompensationsgeschäfte in der Grössenordnung von ca. CHF 2 Mrd. aus. 1994 wurde infolge der F/A-18-Beschaffung auf ein Rüstungsprogramm verzichtet.

** Die Eidgenössischen Räte kürzten in der Herbstsession 1997 das Rüstungsprogramm um CHF 162 Mio. auf CHF 1'373 Mio.!

Der Staat gefährdet heute seine Arbeitsplätze vor allem in Randregionen wie den Alpen und im Jura und rückt damit von einer solidarischen Arbeitsvergabepolitik zugunsten der wirtschaftlich benachteiligten Regionen ab. In den Jahren 1991 bis 1997 verschwanden in PTT, SBB und VBS um die 18'000 Stellen, 54 als "Bergregionen" definierte Landstriche sind von dieser Entwicklung überproportional betroffen. Weitere sollen folgen. Mehr als zwei Milliarden Franken werden so schätzungsweise den ärmeren Regionen entzogen. Auch eingefleischte Ordnungspolitiker, die jeder staatlichen Wirtschaftsförderung abhold sind, vermögen die staatspolitische Bedeutung einer sinnvollen regionalen Arbeitsvergabepolitik des Bundes zu erkennen.

9.2 Hochqualifizierte Arbeitsplätze durch ungebildete Berufssöldner ersetzen?

Es ist unbestritten, dass die weitere drastische Senkung der Ausgaben für die Landesverteidigung gravierende Folgen für die Beschäftigten der wehrtechnischen Industrie, des betroffenen Gewerbes und der Verwaltung hätte. Im Schnitt erzielte allein der Inlandanteil der Rüstungsbudgets in den 90er Jahren beinahe eine Milliarde Franken.

Der Bundesrat rechnet bei einer Annahme der Initiative mit dem Verlust von über 6'000 Arbeitsplätzen. Die Initianten sagen für diesen Fall sogar noch einen drastischeren Rück-

gang der heutigen militärabhängigen Arbeitsplätze voraus:* 5'063 Stellen bei Verwaltung und Betrieben des VBS und 6'978 Stellen in der privaten Industrie (5456 aus sinkenden VBS-Inlandaufträgen und 522 zurückgehenden Wehrtechnikexporten), mehr als 12'000 Stellen insgesamt!

Die Initianten wollen diese hochqualifizierten Stellen nach Abschaffung der Wehrpflicht mit 13'500 unqualifizierten, jugendlichen Berufssoldaten, verharmlosend als Zeitsoldaten bezeichnet, ersetzt sehen. Sie behaupten schamlos, die Umverteilungsinitiative sei somit beschäftigungsneutral.

Am 18. Juli 2000 hat das VBS bekannt gegeben, dass im Zeitraum von 1990 bis Ende 2000 im VBS und in den Rüstungsbetrieben 8'000 Stellen abgebaut wurden und werden. Entlassen wurden davon 85 Personen, der Rest fiel unter den Sozialplan (Frühpensionierung etc.) - auch eine Art Friedensdividende!

9.3 Günstige Milizlösung im internationalen Vergleich (1997)

In der Schweiz stehen die Betriebsausgaben zum Total der Verteidigungsausgaben dank des Milizsystems in einem ausgewogenem Verhältnis. Besonders auffallend sind die tiefen Personalkosten. Davon profitiert unsere Staats- und Steuerquote und die Volkswirtschaft hat trotz der Absenzbelastungen einen hohen Return of investment.

Staat	Verhältnis Betriebs-/Rüstungsausgaben (1997)	Personalkosten 1997 (Mia. CHF)
Frankreich	3:1	20,1
Deutschland	6:1	20,3
Grossbritannien	3:1	19,1
Italien	6:1	13,2
Österreich	4:1	1,4
Schweiz	1:1	1,1

Quelle: Sicherheit durch Kooperation, Eine Informationsbroschüre zum sicherheitspolitischen Bericht 2000 des Bundesrates an die Bundesverwaltung, VBS, 1999

* Vgl. Hug, Peter: Die wirtschaftliche Bürde der Landesverteidigung. Der Zusammenbruch der militärabhängigen Beschäftigung in der Schweiz, 1990 - 2000, und die Chancen einer zukunftsgerichteten Politik. Studie im Auftrag der Gewerkschaft Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen SMUV. Bern, April 2000.

Auch die Verhältnisse Betrieb/Rüstung resp. Die absoluten Militärausgaben (für Referenzjahr 1997) zeigen die unbestreitbar günstige Lösung der schweizerischen Milizlösung.

Auch aus dieser Sicht drängt sich eine Halbierung der Staatsaufwendungen für unsere Sicherheit nicht auf.

9.4 Wehrtechnische Industrie verschwindet

Sicher ist: Sollte die Initiative Erfolg haben, kann in der Schweiz – von wenigen hochspezialisierten Ausnahmen abgesehen - keine wehrtechnische Industrie mehr existieren. Diese ist nämlich auf eine minimale Heimbasis angewiesen, um sich den international erwarteten Leistungsausweis zu sichern. Ein rüstungstechnisches Produkt, das von der Armee des Herstellungslandes nicht beschafft wird, obwohl Bedarf ausgewiesen ist, hat auf dem Exportmarkt erfahrungsgemäss kaum eine Chance.

Dass die private wehrtechnische Industrie in der Schweiz dank der exzellenten fachlichen Qualifikationen der Beschäftigten eine Zukunft hat, wird vom zunehmenden Engagement ausländischer Rüstungsunternehmen in der Schweiz (deutsche Rheinmetall, kanadische GM bspw.) unterstrichen. Die heimische Wehrindustrie erhält das Know-how für den Unterhalt und die Weiterentwicklung der Ausrüstung unserer Armee.

Neben der direkt betroffenen wehrtechnischen Industrie wären aber auch zivil ausgerichtete Industrie- und Gewerbebezüge von der Umverteilungsinitiative stark betroffen. Zum einen waren in den letzten zehn Jahren durchschnittlich knapp eine Milliarde Franken des Rüstungsbudgets direkt inlandwirksam. Dazu kamen bei grösseren Rüstungsprojekten (Kampfpanzer Leopard, F/A-18, neuer Schützenpanzer u.a.) Kompensationsgeschäfte im Betrag von mehreren Milliarden Franken.

10 Untaugliche Idee Konversionsfonds

10.1 Ordnungspolitisch fragwürdige Staatskrücken

Die Annahme der Umverteilungsinitiative würde zum Verlust von etwa 6000 Arbeitsplätzen führen. Diesen Verlust möchten die Initianten mit einem Konversionsfonds auffangen. Dieser Konversionsfonds zur Abfederung der mit der Umverteilung entstehenden Arbeitslosen richtet sich an vier Adressaten: Betriebe, Verwaltungen, Beschäftigte und Regionen. Immerhin geben die Initianten zu, dass es mit der Annahme der Umverteilungsinitiative Beschäftigte geben würde, die ihren Arbeitsplatz verlieren würden, dass es Regionen geben würde, die Not leiden würden.

Das Projekt eines Konversionsfonds wäre ein problematischer Eingriff in die Wirtschaft. Einerseits sind Unterstützungen wettbewerbsverzerrend und ordnungspolitisch unerwünscht. Andererseits kann die Wirtschaft anhand eines solchen Fonds nur umschulen, wenn sie weiss, wann und wofür. Man kann nicht auf Vorrat umschulen, man kann nicht auf diese Weise künstlich in die Wirtschaft eingreifen. Staatlich erzwungene Produktion erzeugt keine Nachfrage!

Der verlangte Konversionsfonds von einer Milliarde Franken würde somit mit staatlicher "Subventionitis" die negativen Folgen nur unwesentlich lindern. Und ob marktorientierte und langfristige Arbeitsplätze geschaffen werden könnten, ist zu bezweifeln.

10.2 Keine ausweisbaren Erfolge vergleichbarer Fonds

Wie die Erfahrung zeigt, haben solche Konversionsprojekte keinen oder nur wenig Erfolg. Die Initianten führen auch hier Beispiele aus dem Ausland an, ohne aber darauf hinzuweisen, dass man wohl in Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit mit wenig finanziellen Mitteln viel erreichen kann, nicht aber in einem Land, in dem die Nachfrage nach allen Gütern und Dienstleistungen auf hohem Niveau abgedeckt ist.

Die von Peter Hug in seiner Studie "Wirtschaftliche Bürde der Landesverteidigung" angeführten Mammutprojekte der EU glänzen vor allem durch den Einsatz von Milliardenbeträgen. Längerfristig nachweisbare Erfolge sind jedoch nicht nachweisbar.

Ohne entsprechende Nachfrage können keine dauerhaften Arbeitsplätze geschaffen werden. Diese Nachfrage kann aber nicht vom Staat durch ein Konversionsprogramm verordnet werden. Einzig der Markt bestimmt, was machbar und überlebensfähig ist.

Besser ist, es gar nicht so weit kommen zu lassen. Wir haben die Rüstungsbetriebe privatisiert. Damit können wir auf den Strukturwandel besser reagieren. Wir wollen, dass das Neue schrittweise und kontrolliert so weit als möglich harmonisch aus dem Alten herauswächst.

11 Zusammenfassung

Die Initiative ...

- ... gefährdet unsere Sicherheit durch willkürlichen Mittelentzug für Armee und Zivilschutz.
- ... ist ein untaugliches sicherheitspolitisches Instrument, da die Fixierung von Obergrenzen für Staatsausgaben in der Verfassung jede Anpassung an zukünftigen Bedarf erschwert oder verunmöglicht.
- ... erkennt, dass Armee und Landesverteidigung in den letzten zehn Jahren bereits zwei Jahresbudgets eingespart haben, deren Mittel vornehmlich die rasanten Ausgabensteigerungen im Sozialbereich kompensieren mussten.
- ... vernichtet mindestens 6'000 Arbeitsplätze im Umfeld von Armee, VBS und öffentlicher und privater Wehrindustrie, deren Liquidierung offenes Ziel der Initianten ist.
- ... ebnet den Weg zu einer teuren, kaum realisierbaren Berufsarmee und zur Nato-Integration der Schweiz.
- ... verunmöglicht durch Entzug der finanziellen Mittel die Armeereform XXI, welche eine kleinere und besser ausgerüstete Armee anstrebt.
- ... verunmöglicht der neuen Sicherheitspolitik, ihre Aufträge zu erfüllen und strebt mittelfristig – ganz im Sinne der bisherigen Aktivitäten der wohlbekannten Initianten - die Unmöglichkeit einer angepassten bewaffneten Schweizer Landesverteidigung an.
- ... ist darum am 26. November 2000 an der Urne mit einem NEIN zu quittieren.